

# Martin Böhm

Mitglied des Bayerischen Landtags  
AfD-Fraktion

- Bundes- und europapolitischer Sprecher der Fraktion
- Mitglied im Ausschuss für Bundes- und Europa-Angelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Rückfragen: 0171/4433555 (MdL-Büro Coburg)  
Mail: [martin.boehm@afdbayern.de](mailto:martin.boehm@afdbayern.de)  
Homepage: [www.mdl-boehm.de](http://www.mdl-boehm.de)

## Pressemitteilung

20.08.2021

### **Böhm: EU plant Ausweitung des Kontrollstaates – Einführung eines Vermögensregisters und Bargeldabschaffung machen den deutschen Bürger zum gläsernen Untertanen**

Die EU plant die Einrichtung eines sogenannten Europäischen Vermögensregisters, angeblich um Geldwäsche und Steuerhinterziehung zu verhindern. In einer dafür vorgesehenen Machbarkeitsstudie sollen Möglichkeiten ausgelotet werden, wie Daten über die Vermögenswerte der EU-Bürger gesammelt und ausgewertet werden können, beispielsweise Daten über das Eigentum an Kryptowährungen, Kunstwerken, Immobilien und Gold. In diesem Zusammenhang sind auch die Bemühungen von EU und EZB zu sehen, die die Einführung eines digitalen Euros vorsehen.

Der bundes- und europapolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag, Martin Böhm, sagt hierzu:

„Die Zentralisierung der Kontrollmacht EU nimmt weiter an Fahrt auf. Die EU-Bürokraten wollen die EU-Bürger und damit auch die Deutschen immer mehr zu gläsernen Bürgern machen.

In Zukunft sollen die Bürger buchstäblich ihre Hosen herunterlassen, wenn es um ihre finanzielle Situation geht. Die EU-Krake möchte Einblick haben in alle Bereiche des Bürgers, insbesondere in seine Vermögensverhältnisse.

Natürlich werden alle diese Pläne mit dem angeblichen Kampf gegen Geldwäsche und Steuerhinterziehung begründet, aber die Mehrheit der Menschen, die diese Maßnahmen treffen werden, sind brave Steuerzahler und ehrliche Staatsbürger.

Und während die EU-Bürokraten den Normalbürger komplett ausspionieren möchten, ermöglichen sie globalen Großkonzernen, auf quasi legale Weise Steuern zu sparen.

Neben den Plänen zur Bargeldabschaffung soll nun das Europäische Vermögensregister die Selbstbestimmung und Freiheit der Bürger, aber auch die Souveränität der Mitgliedstaaten noch weiter beschränken.

Als AfD-Fraktion machen wir darauf aufmerksam, dass die EU klammheimlich ihre Kontrollmechanismen ausweiten und die Zentralisierung vorantreiben will. Auch die Bürger Bayerns werden in Zukunft von diesen Regelungen betroffen sein. Daher müssen wir uns dagegen wehren und die Stimme für unsere Freiheit und Souveränität erheben.“